

**Rede des Bürgermeisters zur Einbringung des Etats 2010  
18. Februar 2010  
- Es gilt das gesprochene Wort –  
Mit Sperrvermerk bis 18.02.2010, 18 Uhr!!!**

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Zuschauertribüne,  
meine Damen und Herren der Presse,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Hauses,

angesichts der Berichterstattung der Medien in den vergangenen Wochen und Monaten wird Ihnen allen hier im Saal sehr bewusst sein, in welche Richtung es mit dem Haushalt 2010 der Stadt Gevelsberg heute gehen wird.

Insofern dürfte Ihr Reaktion auf das heute vorzustellende Zahlenwerk, werte Ratskolleginnen und -kollegen, nicht mehr allzu geschockt ausfallen. Zu viele Schockwellen haben uns seit dem Auftreten der Finanz- und Wirtschaftskrise finanzpolitisch hart gemacht, wobei in diesem Zeitraum der Abschnitt seit der Bundestagswahl nochmals als besondere Rosskur hervortritt.

Vor dieser desaströsen finanzpolitischen Kulisse ist nicht mehr fraglich, ob eine Stadt wie Gevelsberg rote Zahlen schreiben muss. Einzig unbekannt ist nur noch, auf welche Höhe sich das für dieses Haushaltsjahr zu erwartende Haushaltsdefizit aufschaukeln wird.

Der Kämmerer wird gleich im Detail für Klarheit sorgen, nur soviel sei von mir vorweggenommen:

Das einzuplanende Defizit des Jahres 2010 beträgt **8,137 Mio € !**

Vor dieser Zahl stehen wir nun aber doch wieder geschockt, zu Recht und dies um so mehr, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass Gevelsberg noch im Haushaltsjahr 2009 zu den drei einzigen Gemeinden im Regierungsbezirk Arnberg gehört hat, die nicht nur einen formal, sondern auch strukturell ausgeglichenen Haushaltsplan vorlegen konnten:

Dies waren die Nachbarstadt Ennepetal, Bad Sassendorf und eben – Gevelsberg.

Meine Damen und Herren,

das ist die eigentliche Bitternis der ganzen Geschichte. Dass eine Stadt wie Gevelsberg, die sich gleich zweimal in ihrer jüngsten Geschichte, nämlich einmal nach der Rezession 2001 und dann noch einmal nach der Rezession 2006, unter größten Kraftanstrengungen aus der Haushaltsmisere befreit hatte und beide Male wieder schwarze Zahlen schreiben konnte, dass diese Stadt jetzt wiederum unverschuldet in ein Haushaltsloch fällt und das tiefer als beide Male zuvor.

Und doch, so paradox es sich jetzt anhören mag, werden wir uns nun ein drittes Mal erneut der Herausforderung einer nochmaligen Haushaltskonsolidierung stellen. In diesem Jahr, im nächsten Jahr und in der gesamten neuen Ratsperiode wird unser Hauptaugenmerk darauf liegen, die Handlungsfähigkeit der Stadt Gevelsberg durch einen genehmigungsfähigen und nach den Kriterien des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ausgeglichenen Haushalt zu erhalten.

Gevelsberg wird, das versichere ich Ihnen, in voller Kontinuität seiner erfolgreichen Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte auch in dieser Krise

wieder seinen höchstmöglichen Beitrag zur Konsolidierung der städtischen und öffentlichen Finanzen tragen.

Und doch, meine Damen und Herren, treibt mich wie hunderte Bürgermeister jedweder Couleur im Lande eine große Sorge um.

Nämlich die, dass wohl keine einzige Stadt die Wiederherstellung strukturell gesunder Finanzen in der Zukunft wieder wird erreichen können, wenn Bund und Land sich jetzt nicht endlich mit einem Rettungsschirm und Beistandspakt an die Seite der Kommunen stellen, so wie es für Banken und Finanzinstitute im Lande eine Selbstverständlichkeit ist.

Die kommunale Selbstverwaltung in unserem Bundesland ist in ihrer verfassungsrechtlich garantierten Existenz bedroht, unabhängig davon, ob ein Verfassungsbruch im engeren verfassungsrechtlichen Sinne gegeben ist, - wir werden das im Kontext eines uns heute vorliegenden Antrags ja noch zu prüfen haben.

Und wie sieht die bundes- und landespolitische Wirklichkeit anstelle des überfälligen Rettungsschirmes für die kommunale Selbstverwaltung tatsächlich aus?

Es gibt ein Schuldenbeschleunigungsgesetz, das perfider Weise und verniedlichend als Wachstumsbeschleunigungsgesetz daher kommt und durch diese akustische Täuschung auch den Kommunen und ihren Bürgern suggerieren soll, mehr Wachstum werde schon bald wieder zu steigenden Steuereinnahmen der Kommunen führen.

In Wahrheit senkt das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz Steuern auf Pump für einzelne Klientele, die diese Steuersenkungen nicht brauchen.

Damit fördert es zwar die Beschleunigung von Sondertilgungen und Spareinlagen, nicht aber die dringend erforderliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums.

Und um diesen ordnungspolitischen Wahnsinn finanzieren zu können, werden zeitversetzt diejenigen bluten müssen, die als letztes Glied der Kette schon immer die Zeche zu zahlen hatten:

Wir Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger, die dann wieder zeitversetzt steigende Abgabenlasten vor Ort zu tragen haben.

Meine Damen und Herren,

heute und in den nächsten Wochen sind wir kommunalen Vertreter aufgefordert, uns massiv gegen die Auswirkungen der aktuellen Steuerpläne, gegen einen fortlaufenden Verfassungsbruch, der durch ständige die Missachtung des Konnexitätsprinzips entsteht und für einen Rettungsschirm für die kommunalen Finanzen einzusetzen.

Die politische Farbenlehre darf und wird dabei keine Rolle spielen.

So viele Bürgermeisterkollegen, insbesondere auch von der CDU, haben in den letzten Tagen beklagt, dass in Berlin und Düsseldorf der Schwanz mit dem Hund wackelt. Deshalb bin ich optimistisch, dass wir uns in den nächsten Wochen gemeinsam und zudem jeder in seiner Partei dafür einsetzen werden, dass die aktuellen bundespolitischen Pläne nicht Realität werden und vor allem, dass nach den Wahlen nicht noch viel schlimmere finanzpolitische Folterinstrumente hinzukommen.

Professor Peter Bofinger, Volkswirtschaftler und einer der fünf Weisen, meint zu den aktuellen Steuerplänen – ich zitiere:

*„Diese Steuerstrategie macht nur Sinn, wenn man den Staat eindampfen will. Maximale Steuersenkungen zusammen mit der Schuldenbremse führen dazu, dass in den Folgejahren härteste Einsparungen vorgenommen werden müssen. Ich fürchte, hinterher werden wir unseren Sozialstaat nicht wiedererkennen.“*

– Zitat Ende

Eine solche Entwicklung unseres Sozialstaates, werden wir in Gevelsberg, meine Damen und Herren, mit Entschlossenheit bekämpfen. Ein Schreckensszenario, wie Professor Bofinger es befürchtet, entsprach noch nie unserem Gevelsberger Verständnis eines solidarischen und aktiv gestaltenden Gemeinwesens und das wird auch in Zukunft so sein.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nun noch einmal auf unsere finanzielle Lage vor Ort zu sprechen kommen:

Trotz aller Sorge und allen politischen Unmutes dürfen und werden wir uns nicht unserem Schicksal ergeben.

Wer nicht kämpft, der hat bekanntermaßen schon verloren.

Insofern nehmen wir uns der Herausforderung an und verstehen unsere Erfahrungen und Erfolge in der Haushaltskonsolidierung der vergangenen zehn Jahre als Motivationshilfe.

Es war in Gevelsberg noch nie unser Ding, die Flinte einfach ins Korn zu werfen.

Nein, im breiten politischen Konsens haben wir es immer wieder geschafft, das Schiff der Stadt Gevelsberg nicht auf Grund laufen zu lassen.

Gemeinsam mit einer sehr engagierten und motivierten Verwaltungsmannschaft, die in letzten Jahren viele wichtige und politisch gewollte Projekte erfolgreich verwirklicht hat, haben wir eine stabile Grundlage, auch die kommenden noch schwierigeren Jahre zu bewältigen.

Wie in der Vergangenheit, setzen wir auch in der neuen Wahlperiode wieder auf den breiten Konsens aller demokratischen Kräfte des Rates in den wichtigen Zukunftsfragen.

Beachten müssen wir allerdings in unseren Konsolidierungsdebatten der nächsten Zeit, dass es in Gevelsberg nur noch ganz wenige Stellschrauben gibt, die eine Besserung oder Entlastung der Haushaltsjahre bewirken können.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben wir schon an so vielen Stellen Nejustierungen vorgenommen, dass große Einsparungen nicht mehr möglich werden können.

Insbesondere beim städtischen Personal ist die sprichwörtliche Schraube immer nur in eine Richtung angezogen worden, nämlich in die Richtung, mit immer weniger Leuten eine vor allem durch Bundes- und Landeszuweisungen zunehmende Flut an Aufgaben zu erledigen. Meine Fürsorgepflicht als Dienstherr zwingt mich dazu, Ihnen als den kommunalpolitisch mit mir verantwortlichen heute zu sagen, dass beim Thema Personaleinsparung so gut wie nichts mehr geht. Ziehen wir die Schraube jetzt noch mehr an, wird sie bekanntlich wieder lose.

Einzig die Themen Interkommunale Kooperation und Gemeinsame Interkommunale Aufgabenerledigung bieten noch Einspar- und Synergiepotentiale. Hier hat Gevelsberg eine führende politische Rolle im Südkreis übernommen, die ich zum Anlass nehme, eine neue Gesprächsrunde mit den Nachbarstädten einzuleiten.

Ansonsten, meine sehr geehrten Damen und Herren, knüpfe ich in der jetzigen finanziellen Misere an ein politisches Credo meines Vorgängers Dr. Klaus Solmecke an, der in der Rezession zu Beginn des Jahrtausends sinngemäß von dieser Stelle gesagt hat:

*Wir dürfen es nicht zulassen, dass unsere kommunale Infrastruktur kaputt gespart wird.*

Meine Damen und Herren, auch das, was ich eben zitiert habe, ist Teil eines nachhaltigen, die Ressourcen schonenden Umgangs mit kommunalem Vermögen: Das man nicht kurzerhand das aufgibt, was Generationen von Bürgerinnen und Bürgern durch die gestaltende Kraft kommunaler Selbstverwaltung aufgebaut haben, seien es Schulen, Sportstätten und Jugendzentren oder auch Straßen und urbane Plätze.

Wo stünde Gevelsberg heute, wenn wir uns vor sechs Jahren verabredet hätten, den Umbau der Mittelstraße, die Umgestaltung des Ennepebogens oder die Modernisierung unserer Schulen unter den damals schon akuten Finanzproblemen auf Eis zu legen?

Es ginge uns und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern schlechter.

Deshalb werden wir auch für die nächsten Jahre nicht aufhören, die wichtigsten Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen und hier nenne ich nur beispielhaft

- den Umbau der Hagener Straße zugunsten des dort immer noch benachteiligten Quartiers.
- städtebauliche Akzentsetzungen in Vogelsang und Berge/Knapp als Ergebnis bürgerschaftlicher Stadtteilentwicklungsgespräche.
- die weitere Modernisierung unserer Bildungslandschaft und hier meine ich ausdrücklich nicht nur Investitionen in Steine, sondern den Aufbau einer integrierten pädagogischen Bildungslandschaft vom Säuglingsalter an.

Dieses und anderes zu verwirklichen und dabei trotzdem eine geordnete Finanzlage der Stadt zu erhalten, wird der große Spagat der nächsten Jahre sein.

Bislang konnte ich mich bei diesem schwierigen Spagat auf die loyale und solidarische Zusammenarbeit mit meinen beiden Kollegen im Verwaltungsvorstand, dem Ersten Beigeordneten Schäfer und dem Kämmerer, Andreas Saßenscheidt, verlassen. Einer, der Erste Beigeordnete, geht in wenigen Tagen von Bord.

Lieber Hans - Christian,  
ich will meiner Rede zu Deiner Verabschiedung gleich im Ennepe-Finanz-Center nicht vorgreifen, aber im Rahmen einer Haushaltsrede muss ich jetzt schon erwähnen, dass uns Dein Erfahrungsschatz in der

langjährigen Entwicklung und Ausgestaltung kommunaler Haushalte fehlen wird. Besonders hervorheben möchte ich Deinen Grundsatz, manche für die Zukunft einer Stadt unverzichtbare Investitionen auch dann noch voranzutreiben, wenn Sparzwänge sie eigentlich schon nicht mehr möglich erscheinen ließen. Hier gilt gerade für Gevelsberg, dass der Wert solider Zukunftsinvestitionen nur allzu oft erst weit nach ihren grundlegenden Beschlussfassungen erkannt wurde

- die Südumgehung lässt grüßen! [ *Gert Henschen ggf. begrüßen*]

Der Erste Beigeordnete verlässt uns, aber der Kämmerer wird, *oder sage ich in der jetzigen Finanzlage lieber, muss bleiben.*

Er wird Ihnen jetzt nach mir das aktuelle Haushaltswerk für das Jahr 2010 vorstellen.

Hören Sie ihm bitte aufmerksam zu, besonders an den Stellen, wo er die finanziellen Bedingungen für den Erhalt des kommunalen Haushaltsausgleichs in Gevelsberg in den nächsten Jahren skizziert.

Denn ich bin mir mit dem Kämmerer zu 120 % einig, dass Gevelsberg alles daran setzen muss, seinen ausgeglichen Haushalt zu erhalten. Und in diesem Zusammenhang merke ich an, dass unser Haushaltsentwurf 2010, so wie wir ihn heute einbringen, trotz des Jahresfehlbetrages von gut 8 Mio. € aufgrund der Höhe unserer immer noch vorhandenen Ausgleichsrücklage nach dem neuen Kommunalen Haushaltsrecht weiterhin ausgeglichen und genehmigt ist.

Einen ausgeglichenen und genehmigungsfähigen Haushalts zu erhalten, diesem Ziel muss in den bevorstehenden Etatberatungen unser ganzes Augenmerk gelten.

Nichts wäre fataler, als wenn Gevelsberg künftig wie viele andere Städte im Umkreis förmlich bei der Kommunalaufsicht nachfragen müsste, ob die Stelle einer Schulsekretärin tatsächlich wieder besetzt werden kann. Dieses Beispiel ist keineswegs erfunden, sondern in vielen Kommunen schon traurig konkret.

Aber es beweist eines:

Mit dem Verlust eines genehmigten Haushalts endet in unseren Städten immer auch ein großer Teil der politischen Gestaltungskraft des Gemeinwesens und insbesondere des Rates.

Verhindern wir gemeinsam, dass es dazu in Gevelsberg kommt, aber nicht ohne die Verantwortlichen deutlich zu benennen, die für unsere aktuelle Misere die Verantwortung tragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.